

# Voller Tapezierer u. Portefeuller-Zeitung

Organ  
des Deutschen Voller Tapezierer u. Portefeuller Verbandes

Inlerate kost. die sechsgep. Nonp.-Zeile 60 Pf.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III  
Zemlbrucker Amt Moritzplatz Nr. 2120

Erscheint alle 8 Tage

## Zur politischen Lage.

Das Unglaublichste ist in Deutschland möglich! Man hat den Mut, den fast achtzigjährigen Generalfeldmarschall Hindenburg als Kandidat zur Reichspräsidentenwahl aufzustellen. Die monarchistisch eingestellten Parteien bekunden dadurch, daß sie ihre letzte Hoffnung auf einen Greis gesetzt haben, der am Abend seiner Lebenstage steht. Und was schlimmer ist, der wohl ein tüchtiger Heerführer, niemals aber ein Politiker war. Die bürgerlichen Parteien und ihre Presse haben noch vor wenigen Tagen den Gedanken einer Kandidatur Hindenburgs als unmöglich erklärt, diese selben Leute erblicken nunmehr in Hindenburg die einzige Persönlichkeit, die einer Kandidatur Marx durch die republikanischen Parteien gegenübergestellt werden kann.

Diese Tatsache an sich ist schon Beweis genug dafür, daß es richtig ist, für die Wahl von Marx einzutreten. Auch uns wolle es zunächst nicht gefallen, für die Wahl von Marx einzutreten. Hier gilt es jedoch, den Blick auf das Ganze zu richten und zu bedenken, was für das gesamte deutsche Volk auf dem Spiele steht, wenn ein monarchistisch gesinnter, von den monarchistisch eingestellten Parteien gehaltener und geschobener Reichspräsident ans Ruder käme.

Wenn es bisher manchen unserer Mitglieder und Leser nicht recht verständlich gewesen sein sollte, daß auch an dieser Stelle aufgefordert werde, für Marx als Reichspräsident zu stimmen, dann dürfte wohl die Tatsache, daß man Hindenburg gegen Marx einsetzte, jeden Zweifel darüber beheben, daß Marx gewählt werden muß.

Und auch an unsere Leser, die zum Kommunismus neigen, richten wir die Mahnung, diesmal keine falschen Rücksichten walten zu lassen und etwa für Thälmann zu stimmen. Wer verhindern will, daß Hindenburg Reichspräsident wird, muß für

**Marx**

stimmen.

Es ist an dieser Stelle nicht mehr möglich, die großen Gefahren aufzuzeigen, die für die deutsche Arbeiterschaft und das gesamte deutsche Volk erwachsen müssen, wenn der Reaktion, den Monarchisten wieder alle Macht in die Hände fallen würde. Die Tagespresse der Arbeiterparteien berichtet darüber ausführlich. Deshalb sollte jeder, dem das künftige Geschick seines Landes und Volkes nicht gleichgültig ist, sich wenigstens in den nächsten Tagen laufend informieren, damit er nicht die Stunde ungenützt verpakt.

Am 26. April gilt es, da darf keiner an der Wahlurne fehlen.

Wir müssen unsere Stimme für

**Marx**

abgeben, denn die Wahl Hindenburgs wäre innen- wie außenpolitisch gesehen die schwerste Gefahr für die Republik und das gesamte deutsche Volk und ganz besonders für die Arbeiterschaft.

## Die englischen Gewerkschaften im Lichte der Beurteilung der deutschen Arbeitgeberzersetzung.

Die englischen Gewerkschaften haben erkannt, daß es im Interesse der Gewerkschaften liegt, ihren Einfluß auch auf dem Gebiete der allgemeinen Politik in die Wagschale zu werfen, weil sie anders nicht zu ihrem Recht gelangen könnten. Daraus zieht die Redaktion der D. V. Z. ohne weiteres den Schluß, daß die englische Regierung dem untätig zusehen werde, weil sie ihre Ruhe haben wolle. Auch anderwärts wurde gelegentlich die Wirtschaft der Politik zum Opfer gebracht. In Wirklichkeit ist es immer lo geworden, daß die Politik nach dem Wunsch und Willen der Wirtschaftsführer gemacht wurde. Wer wollte Rotterdam, Songwon und Brien, die großen Wirtschaftsführer? Wer hat den Weltkrieg anders verschuldet als wiederum die Wirtschaftsführer. Wenn die Gewerkschaften ihren Einfluß auch in der Politik geltend machen, dann tun sie es, um der Allgemeinheit zu nützen, die Interessen des Volkes kommen sonst sicher zu kurz.

Die englischen Gewerkschaften müssen, sobald sie sich auf das allgemeine politische Gebiet begeben, sich gemäß dem Gesetz über die Trade Unions vom Jahre 1913 dazu bequemen, für die Zwecke der Politik einen besonderen Beitrag zu erheben. Die meisten Gewerkschaften erheben zwei getrennte Beiträge, die getrennt verwaltet werden. Den Beitrag für die Gewerkschaft und den politikal-levy. Der letztere ist ein freiwilliger und nicht obligatorisch eingeführt. Es soll aber selten vorkommen, daß sich ein Gewerkschaftsmitglied weigert, den politikal-levy zu zahlen.

Dieses Recht der Gewerkschaften, zur Vertretung ihrer Interessen in den politischen Körperschaften besondere Beiträge zu erheben, ist ein Stein des Anstoßes für das Unternehmertum, die es besitzigen möchten. Ein konservativer Abgeordneter will deshalb im Parlament einen entsprechenden Antrag einbringen.

Dieser Antrag fordert aber nur, daß jedes Mitglied ausdrücklich zu einer Erklärung darüber verpflichtet werden soll, ob es den politikal-levy zahlen will oder nicht. Daß dem deutschen Unternehmertum diese rücksichtslos Formulierung des Antrags nicht genügt, kann man sich denken. So wird denn auch der englischen Regierung Schlappheit vorgeworfen,

die wiederum zurückgeführt wird auf die innere Schwäche der konservativen Partei.

In Wirklichkeit scheinen die Dinge aber so zu liegen, daß man es gar nicht wagen darf, den Gewerkschaften das Recht der politischen Betätigung zu beschneiden oder gar zu rauben. Dies kommt sehr drastisch in einer Aeußerung der „Times“, des führenden Organs der konservativen Partei zum Ausdruck, in der es unter anderem heißt: „Die konservative Partei hat wichtigere Arbeiten vor als an einem Gewerkschaftsvorrecht zu rütteln. Sie hat jetzt eine nie wiederkehrende Gelegenheit, sich mit der Unterstützung vieler Hunderttausender von Gewerkschaftsmitgliedern als ein Werkzeug der kompetentesten Verwaltung und des ständigen sozialen Fortschritts zu erweisen. Die Regierung könnte sich die ihr zuteil gewordene Zuneigung nicht besser verschätzen als durch den Verzicht, daß sie eine gute Gelegenheit für Parteizwecke mißbrauchen wolle. In einer Wenderung des jetzigen Systems würde man nur einen Angriff auf die Gewerkschaften als solche erblicken. Das würde hingestellt werden als ein Versuch, einer reichen Partei, die an der Macht sich befindet, die finanziellen Quellen einer armen Partei zu verstopfen respektive zuzuschütten. Die Gewerkschaften jeder Richtung würden sich zu einer einheitlichen Verteidigung zusammenschließen.“

Das letztere dürfte besonders ins Gewicht fallen. Denn „Teile und herrsche“, das gilt noch immer in allen Ländern in Unternehmenskreisen als oberster Grundsatz. Wie in England, so auch bei uns in Deutschland, überall gibt es ein Bündel verschiedener Gewerkschaftsrichtungen, die sich als Stimmvieh für die reaktionären politischen Parteien gebrauchen lassen. Nach dem Wahlausfall vom November vorigen Jahres müssen selbst in den englischen Industriezentren viele Arbeiterstimmen für die konservative Partei abgegeben worden sein. Daraus wird denn auch die ablehnende Haltung erklärt, die von der konservativen Parteileitung eingenommen wird gegenüber diesen Anträgen, die das Recht der Gewerkschaften einschränken wollen.

Die englischen Gewerkschaften scheinen trotzdem nicht allzu großes Vertrauen zu der Haltung der Konservativen in diesen Dingen zu haben. Sie wollen einen Gegenantrag stellen, in dem sie beantragen: Wenn keine Gewerkschaft für politische Parteizwecke Gelder sammeln darf, dann soll auch kein

industrieller Verband für politische Parteien Wahlgelder sammeln dürfen.

Der aufmerksame Leser wird aus dem Angeführten zweifellos die Erkenntnis gewinnen, daß die englischen Gewerkschaften im politischen Leben Englands einen bedeutenden Machtfaktor darstellen. Sie sind in jeder Hinsicht das Kernstück der Arbeiterparteien, um deren Gunst auch die bürgerlichen Parteien buhlen.

Ähnlich sieht es ja auch bei uns in Deutschland. Auch hier treiben die reaktionären bürgerlichen Parteien Bauernfang, indem sie vor Wahlen das Blaue vom Himmel versprechen, um es nach den Wahlen niemals zu halten.

Wenn bei den letzten englischen Wahlen ebensoviel Arbeiterstimmen auf bürgerliche Parteien wie auf Labour gefallen sind, dann kann man die Haltung der konservativen Parteien in England gegenüber den Gewerkschaften sehr wohl begreifen. Die englischen Unternehmer haben es immer verstanden, mit einer Politik der Duldsamkeit und rechtzeitiger Konzessionen an die Gewerkschaften diese von der Betreibung einer energiegelichen zieldaren Politik abzubringen.

Ob ihnen das freilich auch ferner noch so weiter gelingt, ist eine andere Frage!

## Kölner Musterbetriebe.

Wie manche andere Stadt, haben wir auch in Köln a. Rh. Betriebe, in denen es in punkto Bezahlung, Werkstattverhältnisse und Behandlung nicht gerade vorbildlich aussieht. Wir fühlen uns verpflichtet, einmal auf diese Betriebe hinzuweisen, um so mehr, da durch den stotten Verschleiß hiesiger Arbeitskräfte die Reserve in Köln von diesen Firmen so ziemlich erschöpft ist und die Inhaber nun dazu übergehen und versuchen, die auswärtigen Kollegen auch einmal mit ihren numberbaren Betrieben Bekanntschaft machen zu lassen. Ferner wollen wir auch, daß nicht alle Kollegen, ehe sie in einer fremden Stadt Stellung annehmen, erst bei der Verbandsleitung Erkundigung einziehen, trotzdem sie gern bereit ist, einem jeden Verbandskollegen die nötige Auskunft zu geben. Im aber den Kollegen die Notwendigkeit vorheriger Erkundigung zu beweisen, dazu sollen folgende Zeilen beitragen.

# Für den Achtstundentag! Gegen Militarismus und Brudermord! Arbeiter, Angestellte!

Demonstriert am 1. Mai mit eurer ganzen Macht und bis zum letzten Mann für die Forderungen des Weltproletariats! Noch immer haben wir den Kampf zu führen gegen die Reaktion, die, nachdem sie dem Proletariat im Weltkrieg Gesundheit und Leben geraubt hat, ihm nun das Wichtigste und Notwendigste vorenthält:

## Arbeit und Frieden!

Der Krieg wurde von der besitzenden Klasse gemacht und für die besitzende Klasse geführt; von den Besitzenden wird der Achtstundentag bekämpft und in ihrem Interesse sabotiert. Zweimal in den letzten Jahren lebte in der Welt die Hoffnung auf, daß dem Trauerspiel, das der Kapitalismus Tag für Tag aufführt, ein Ende gemacht würde. Das erste Mal, als die Washingtoner Arbeitskonferenz den Achtstundentag als internationale Maßregel festlegte. Das zweite Mal, als Macdonald in Genf sein erlösendes Wort gegen den Militarismus in die Welt sandte. Die kapitalistische Reaktion hat die Durchführung beider Lösungen zu verhindern gewünscht; die Arbeitszeit wird verlängert; die Kriegsrüstungen werden weiter fortgesetzt. Es ist Zeit, Arbeiter und Angestellte, endlich die Regierungen zu zwingen, den Achtstundentag und die Abrüstung durchzuführen. Es ist Zeit, daß die Arbeitnehmer ihre Augen öffnen und ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte fordern! Es ist Zeit, daß die Arbeiter und Angestellten ihren Gleichmut aufgeben und den Besitzenden zusetzen: Es ist genug! Wir wollen nicht länger von einer kleinen Gruppe kapitalistischer Nutznießer, die nur an ihren eigenen Vorteil und ihren eigenen Profit denken, beherrscht werden! Wir wollen nicht länger die Beute einer Klasse sein, die im Interesse ihres eigenen Wohlbehagens und ihres eigenen Glücks das Wohlbehagen und Glück des Proletariats und seiner Familie zerstört. Wir wollen frei sein vom kapitalistischen Joch, das auf uns drückt und, so lange die Arbeitszeit lang und die Kasernen voll sind! Genossen! Demonstriert am 1. Mai in Millionen und Millionen

# Für den Achtstundentag! Für Abrüstung! Gegen Krieg und Militarismus Internationaler Gewerkschaftsbund.

## Deutsche Arbeiter und Angestellte!

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet an die Arbeiter der ganzen Welt den Ruf, am 1. Mai durch machtvolle Demonstrationen einzutreten für den Achtstundentag und den Völkerrfrieden. Auch wir richten diesen Appell an euch! Ihr steht mitten im Kampf um den Achtstundentag. Ihr leidet mehr als die Arbeiter anderer Länder an den Folgen des unseligen Weltkrieges. Ihr habt doppelte Gründe dafür, am 1. Mai zu demonstrieren für eure allein Forderungen. Der 1. Mai 1925 muß wieder ein Tag der Heerschau der Arbeit werden. Die würdigste Kundgebung am Weltfeiertag der Arbeit ist die Arbeitsruhe. Ob die Proklamierung der Arbeitsruhe ohne ernste Schädigung der Beteiligten möglich und zweckmäßig ist, ist von den Ortsausschüssen des ADGB und den AW-Ortsstellen im Einvernehmen mit den angeschlossenen Gewerkschaften zu prüfen und zu entscheiden. Auch wo von der Arbeitsruhe abgesehen werden muß, haben die Ortsausschüsse des ADGB und des AW-Bundes durch Veranstaltung von Versammlungen für die Durchführung der Demonstration zu sorgen. Zweckmäßiges Hand-in-Hand-Arbeiten ist dabei erforderlich. Gewerkschaftsmitglieder! Beteiligt euch vollständig an der Maidemonstration. Tretet ein für den Achtstundentag, für den Völkerrfrieden und für den Ausbau der Sozialpolitik. Macht auch in diesem Jahr die Maifeier zu einer wirksamen Kundgebung für die Republik.

## Die Bundesvorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes.

Zunächst die Firma Walter Arnold, Köln-Miltheim, Mülheimer Freiheit 74 (eine Stapelfirma), welche sehr viel in der Deutschen Tapezierer-Zeitung annouciert. Bei dieser Firma waren früher einmal ganz gute Verhältnisse, doch mit dem Immerreicherwerden des Herrn Inhabers verschlechterten sich die Verhältnisse zusehends. Wahrscheinlich ging die Entwähung des Geschäftes und die Vergrößerung des Geldbeutels noch nicht rasch genug. In diesem Betriebe wurde sonst immer in Lohn gearbeitet; dies war aber nicht das Ideal des Herrn Inhabers. Schon verschiedene Male versuchte er Afford in seinem Betriebe einzuführen, doch immer verstanden es die Kollegen, das zurückzuweisen. Vor einigen Monaten glaubte er nun die Macht zu einem Diktator zu besitzen und er führte den Afford ein. Die alten dort beschäftigten Kollegen verließen sofort kuckertartig den Betrieb. Sie wußten, was nun begann. Ihre Mutmaßungen haben sich dann auch bewahrheitet.

Den Affordtarif, welchen die Firma eigenmächtig aufgestellt hat, bekommen die Gesellen nicht zu sehen. Der Meister erklärt einfach, so viel gibt es für das Stück und damit ist die Sache erledigt. Es kommt aber auch vor, daß der Inhaber an dem vom Meister festgesetzten Affordtarif noch Abstriche macht. Kollegen, die seit Anfang der Affordperiode bei der Firma gearbeitet haben, erklären, daß der Tarif schon mehrmals verschlechtert worden sei. Verlangt wird schon, daß ein Lederfessel in 17 Stunden angefertigt werden soll. Dabei muß sich der Gehilfe das Leder selbst zurechten und Leder einräumen, nur die Zugstreifen werden von einer Näherin angehängt.

Hinzu kommt, daß der Herr, der den Meister mündt, der Meinung zu sein scheint, daß er seine Position nur halten kann, wenn er die Gehilfen recht fesse unter seine Kluete nimmt.

Den Kollegen werden, wenn sie mit der Firma in Verbindung treten, die schönsten Versprechungen

gemacht. Der Herr Meister aber sorgt dafür, daß die Räume nicht in den Himmel wachsen. Er läßt die Sachen umändern und läßt sie auf ihre Kosten warten. Dadurch ist es schon vorgekommen, daß Kollegen die ganze Woche für 24 Mt. gearbeitet haben, in einer Zeit, wo sie in Lohn 43,20 Mt. verdient hätten. Kommt ein Kollege von auswärts und es gefällt ihm nicht in dem Betriebe, er will weggehen, dann verliert es der Meister mit dem schwarzen Mann, indem er erklärt, er würde sorgen, daß der Kollege auf die schwarze Liste käme und in Köln keine Arbeit mehr bekäme. Daß er den Verbandssekretär zur Tür rauschmeißt, wenn der es einmal wagen sollte, den Betrieb zu betreten, ist selbstverständlich.

Der zweite Musterbetrieb ist das Klubmöbelfabrik Wilm. Blening, Köln, Hanfaring 48. Der Inhaber ist ein sehr harter Mann. Er fragt nicht nach Tarif und Gesetz. Einen Achtstundentag gibt es nicht bei ihm und Zuschläge für Überstunden — Nacht- und Sonntagsarbeit kennt er nicht. Die Gehilfen, die bei diesem Herrn arbeiten, müssen im Durchschnitt täglich 10—12 Stunden arbeiten. Die Verhältnisse sind die denkbar schlechtesten. Luft, Licht und Sonne gibt es in diesem Betriebe nicht. Es muß den ganzen Tag Licht gebrannt werden.

Schreiber dieses hat es schon mit der Gewerbeinspektion versucht, aber auch das fruchtet nicht.

Seinen Erjah an Arbeitern hält er sich im katholischen Gesellenhaus, aus der Eifel und dem Westfalenland. Weillens Meisterlöhne, die bei diesem Gewässigen ihre weitere Ausbildung genießen und das Studium für die Behandlung ihrer Gehilfen, die sie später einmal beschäftigen wollen, gratis gestellt bekommen. Titulationen, wie Dämetad, Idioten, Schafskopf und Ausdrücke, die man nicht zu Papier bringen kann, sind an der Tagesordnung. Interessant sind immer die Schlußakte der Gastreden

bei diesem Herrn. Diese grenzen immer sehr nahe an eine große Holzerei.

Allen Kollegen, die sich diesen Betrieb einmal von innen ansehen wollen, ist zu empfehlen, daß sie erst einen Kursus im Bogens mitmachen. Es wäre ratsam, solchen Arbeitgeber mit seinem Hund und Helfershelfer lieber allein zu lassen. Vielleicht wäre dieses das beste Mittel, ihn langsam dazu zu erziehen, daß auch in diesem Betriebe menschenwürdige Verhältnisse eingeführt werden. C. Sch.

## Zum Mannheimer Streik der Tapezierer.

Seit 1921 standen die Kollegen in Mannheim unter dem Badischen Landesarbeitsvertrag, der die Verhältnisse für die Handwerksbetriebe der Tapezierer und Sattler regelte. 1924 wurde von seiten der Arbeitgeber der Landesarbeitsvertrag gestrichelt, so daß wir seit 1. April des Vorjahres im ganzen Gebiet ohne Tarif arbeiteten. In dieser ganzen Zeit wurden die Löhne durch Lohnabkommen geregelt, doch bestanden die Arbeitgeber auf eine Verlängerung der Arbeitszeit, die 49., 50. und 51. Stunde sollte auf Verlangen der Arbeitgeber ohne Zuschlag gearbeitet werden. Auf dieser Basis war der Abschluß eines zentralen Vertrages unmöglich, so daß wir uns entschlossen, örtliche Forderungen zu stellen.

Am 2. März 1925 wurde ein örtlicher Vertrag für Mannheim eingereicht, trotz wiederholter Einbringung lehnten die Arbeitgeber jede Verhandlung ab, so daß eine am 27. März stattgefundene Versammlung einstimmig die Arbeitszeiterhöhung beschloß. Der Streikbeschluß wurde einstimmig in allen Betrieben durchgeführt.

Bei dem badischen Schlichter hielten sich nun die Arbeitgeber eine Weile, er leitete Verhandlungen ab und auf Anruf des Mehrfachverbandes und der Tapeziererzweigvereinigung Mannheim fand am 4. April vor dem Mannheimer Schlichtungsausschuß eine Verhandlung statt.

Mit einem vollen Erfolg konnte dort ohne einen Schlichterspruch durch freie Vereinbarung der Streik beendet werden. Alle unsere Forderungen: Spigenlohn 85 Pfg., Wertzeugentfaltung 2 Proz. des verdienten Lohnes, Aufrechterhaltung der 48-Stundenwoche, Ferien von 3 bis 8 Arbeitstage wurden zugesprochen. Der Erfolg der Mannheimer Kollegen wird sich auch günstig auswirken bei den in Aussicht genommenen Verhandlungen über den Abschluß eines Landesvertrages.

Der Plan der Arbeitgeber, den Achtstundentag zu Fall zu bringen, ist endgültig gescheitert.

Nur der Geschlossenheit der örtlichen Organisation ist der Erfolg bei dieser Bewegung zuzuschreiben. Bemerkenswert bei der Verhandlung war, daß der Vertreter der Innung, der nie einen Gehilfen beschäftigt, sich als der größte Schamwächter entpuppte, während die wirklichen Arbeitgeber sich von vornherein auf den Boden der Verständigung stellten.

Wögen die Kollegen aller Orte aus der Bewegung lernen, daß nur eine starke, geeichtete Organisation für die Kollegenchaft Vorteile erringen kann.

## Die deutschen Konsumgenossenschaften im Jahre 1924.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat, um nach der Zeit der Inflation, die alle Statistik wertlos machte, wieder einen Überblick über den Stand der Bewegung zu gewinnen, Vierteljahrstatistiken aufgenommen, von denen alle Vereine erstattet wurden, die mehr als 400 Mitglieder zählen. Diesen Vereinen gehören rund 3 400 000 Mitglieder an, während in den kleineren, die fast ein Drittel der Gesamtzahl ausmachen, um rund 58 000 Mitglieder vereinigt sind. Die durch die Statistik betroffenen Vereine reichen also zur Beurteilung der Verhältnisse völlig aus.

Zwangswirtschaft und Inflation hatten am Markt der Konsumgenossenschaften gezehrt, ihre Betriebsmittel vermindert und ihre Leistungsfähigkeit stark herabgedrückt. Während Hunderttausende von genossenschaftlich indifferenten ihnen um augenblicklicher Vorteile willen zugeströmt waren, standen weit mehr alte Mitglieder, verärgert durch zahlreiche unangenehme Erfahrungen, an denen die Genossenschaften ganz unschuldig waren, ab. Die Zufallsmitglieder kannten den Begriff „genossenschaftliche Treue“ nicht und verschwanden bei erster Gelegenheit wieder, die alten Mitglieder verlornten die gute Eigenschaft und würden gleichgültig.

So war das Bild, das die Aufnahme für das erste Vierteljahr 1924 zeigt, ein recht wenig befriedigendes. In 736 Vereinen mit 3 325 249 Mitgliedern ergab sich nur ein Umlag von 107 831 239 Mt. Das bedeutet je Mitglied nur 32,45 Mt. oder wöchentlicher nur die lächerlich geringe Summe von nicht ganz 2,50 Mt. Das hätte zu den ersten Besorgnissen berechtigt, wenn nicht eben von der Mitgliederzahl große Mengen von „Konjunkturmäßigern“ abgerechnet werden müßten.



Die Hoffnung, daß es zäher, planmäßiger Arbeit gelingen werde, allmählich wieder gesündere Zustände herbeizuführen, erwies sich als begründet. Im zweiten Vierteljahr stieg der Umsatz bei 3 295 919 Mitgliedern auf 126 331 253 M. oder 38,35 M. je Mitglied, im dritten Vierteljahr — den Sommermonaten, wo das Geschäft abflaut — bei 3 343 180 Mitgliedern auf 137 786 101 M. oder 41,20 M. je Mitglied, im letzten Vierteljahr bei 3 389 085 Mitgliedern auf 166 875 397 M. oder 49,24 M. je Mitglied. Der Umsatz je Mitglied erhöhte sich also im Laufe des Jahres um rund 50 Proz.

Am Schlusse des Jahres wurde dann eine Statistik aufgenommen, die alle Vereine umfaßte. Der Zentralverband zählte insgesamt 1175 angeschlossene Genossenschaften, von denen 1036 bezichtigten. Diese erzielten bei 3 444 218 Mitgliedern 548 741 184 M. Umsatz oder je Mitglied 159,32 M.

Das sind absolut hohe Zahlen; relativ sind sie aber durchaus ungenügend. Im Jahre 1913/14, dem letzten Vorkriegsjahre, wurden bei 1 717 519 Mitgliedern 492 980 519 M. Umsatz oder je Mitglied 287 M. erzielt, also — wenn man die heutigen höheren Preise in Betracht zieht — mehr als doppelt soviel als im Jahre 1924.

Es ist also noch außerordentlich viel Arbeit zu leisten, wenn nur erst Beklornes wiedergewonnen werden soll. Das es an dem Willen und dem nötigen Eifer nicht fehlt, zeigt die im Jahre 1924 im Zentralverband erfolgte Werbearbeit. Allein in 280 Genossenschaften wurden 5729 Veranstaltungen zu Werbezwecken getroffen, an denen sich 2 619 824 Personen, darunter 1 218 715 Frauen und 138 051 Kinder beteiligten — eine Leistung, wie sie bislang noch nie vollbracht wurde.

Hoffen wir, daß im neuen Jahre der Erfolg diese Bemühungen, die reiflos fortgesetzt werden, belohnen möge.

### Ein Beitrag zur Kapitalkonzentration in der deutschen Industrie.

Ueber den Fortschritt in der Kapitalkonzentration ist aus der Wirtschaftsurve der Frankfurter Zeitung über die Goldbilanzen ersichtlich, daß die Zusammenballung des Kapitals sich außerordentlich stark vollzieht. Wir lassen eine Anzahl Unternehmungen zur Illustration folgen:

	1913/14	1921	in Millionen M.
Waldische Amalinkonzern	83	235	
Eisfelder Werke	79	195	
Sächster Fabwerke	70	196	
Rütgers-Werke	27	78	
Rhönir-Konzern (Otto Wolf)	120	330	
Rheinische Stahlwerke	58	124	
Mannesmann-Werke	90	115	
Röchner-Konzern	58	123	
Wise-Werke	21	88	
Bachumer-Verein	50	72	
Rheinische Braunkohle	36	70	
Gute Hoffnungshütte	38	70	
Elektrizitätsw. Siemens u. Halske	87	186	
Rhein-Westf. Elektrizitätswerke	54	156	
Siemens-Schuckert-Gesellschaft	97	105	
Hamburger Elektrizitätswerke	24	77	
Deutsche Erdölgesellschaft	41	105	
Vinke-Hoffmannwerke	22	72	

Das Gesamtkapital der hier aufgeführten 18 Unternehmungen ist von 1055 Millionen vor dem Kriege auf 2382 im Jahre 1924 gestiegen. Damit ist aber der Gesamtkapitalwert keineswegs erschöpft. Man muß in Betracht ziehen, daß die Sachwerte (Gebäude, Maschinen usw.) in der Goldbilanz wesentlich niedriger eingeschätzt werden als der tatsächliche Wert darstellt. Sehr viel begegnet man in der Goldbilanz, daß die Angaben über die Sachwerte niedriger sind als vor dem Kriege, obgleich Erweiterungen und Neuanfassungen in großem Umfang vorgenommen worden sind. Die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft bringt es z. B. fertig, daß trotz der riesigen Ausdehnung ihres Konzerns die Goldbilanz ein niederes Aktienkapital aufweist als vor dem Kriege. Die AEG. verfügt gegenwärtig über 872 selbständige Betriebe und 1838 Betriebsanlagen im In- und Ausland. Sie hat das Grundeigentum, Gebäude und Maschinen, dieses riesigen Unternehmens mit nur 75 Millionen in der Goldbilanz angegeben.

Es ist aus diesem Beispiel ersichtlich, daß die in den Bilanzen ausgeführten Ziffern keineswegs die ganze Größe des Kapitals zum Ausdruck bringen. Welch ungeheure Macht in dieser Kapitalkonzentration sich verkörpert, kann von der Arbeiterschaft gar nicht genug gewürdigt werden. Der Existenzkampf wird durch die fortschreitende Konzentration mehr und mehr verschärft und immer mehr Kleinbetriebe werden den Konzernen angegliedert, bzw. aufgefressen. So vollzieht sich der Expropriationsprozeß in unserer kapitalistischen Gesellschaft. In immer weniger Hände ballt sich das Kapital zusammen, von immer weniger Großmagnaten wird die Wirtschaft abhängig. Diese Entwicklung wird immer weiter vorwärts schreiten. Die Arbeiterschaft wird und kann diese Bewegung nicht aufhalten. Sie kann nur dieser Macht des Kapitals die organisierte Macht der Arbeiterschaft gegenüberstellen. Hier helfen uns keine radikalen Theorien, sondern die Erkenntnis dieser Entwicklung muß in die Hirne der Arbeiterschaft hineingetragen werden. Die Arbeiterschaft muß erkennen, daß sie als Klasse wirtschaftlich nur dann eine Besserung ihrer Lage erreichen kann, wenn sie sich reiflos vereint und jeder Zersplitterung, sei es von wozu aus eine Zersplitterung verflucht wird, zurückweist. Je weiter die Konzentration des Kapitals voranschreitet, desto notwendiger ist es, daß sich die Arbeiterschaft in ihren Gewerkschaften einen Gegenpol schafft, der der Ausbeutung des Kapitals ein Paroli bieten kann.

### Forderungen zur Unfallversicherung.

Die deutsche Sozialversicherung gliedert sich in die drei Zweige der Kranken-, Unfall- und Invaliden- und Altersversicherung. Diese Dreiteilung ist vorwiegend historisch zu erklären, eine innere Berechtigung hat sie eigentlich nicht, denn die Invalidität ist nur eine Fortsetzung der Krankheit, ein Unfall aber nur ein Spezialfall der Krankheit. Uebrigens werden auch von der Unfallversicherung nur die Betriebsunfälle, und hier wiederum nur in bestimmten Gewerben ersaßt, während alle anderen den Krankentafeln zufallen. Aber auch bei den der Unfallversicherung unterliegenden Betriebsunfällen haben die Krankentafeln in den ersten dreizehn Wochen (der sogenannten Wartezeit) einzutreten. Grundfänglich wäre es deshalb wünschenswert, die Dreiteilung der Sozialversicherung aufzugeben und einen einheitlichen Versicherungsträger zu schaffen, der alle Kosten ohne Rücksicht auf den besonderen Anlaß, aus dem sie er-

wachsen, übernimmt. In der Sozialversicherung des Auslandes, die ja durchweg später entstanden ist als die des Deutschen Reiches, hat man größtenteils diese Forderung auch durchgeführt. In Deutschland dürfte es vorläufig dahin noch lange nicht kommen. Deshalb erscheint das Verlangen berechtigt, solange einmal die Dreiteilung besteht, jeden Versicherungsträger auch mit den Kosten zu belasten, die ihm eigentlich zukommen.

Einen Fortschritt in dieser Richtung beabsichtigt die Novelle zur Unfallversicherung, die gegenwärtig dem Reichstag vorliegt. Sie will vor allem die Wartezeit in der Unfallversicherung von 13 auf 8 Wochen herabsetzen, d. h. die Unfallberufsgenossenschaften sollen schon nach 8 Wochen für den Unfallverletzten sorgen. Wenn das auch für die Verletzten (nicht nur die Arbeiter, sondern auch verletzte Betriebsunternehmer kommen in Betracht) und auch für die Krankentafeln ein Fortschritt ist, so geht doch die Novelle nicht weit genug. Hier muß vielmehr gefordert werden, daß die Berufsgenossenschaften sofort nach dem Unfall die Fürsorge für den Verletzten übernehmen. Allerdings werden sie sich dazu der Krankentafeln als ausführende Organe bedienen müssen, da die Berufsgenossenschaften keine Verwaltungskasse an jedem Ort haben können. Aber sie müssen dann wenigstens den Krankentafeln die vorausgeschlagenen Kosten ersetzen.

Die Versicherer fordern weiter, daß der Kreis der Unfallversicherung erweitert wird. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum ein Arbeiter in einem Betriebe bei Betriebsunfällen mit einer Unfallrente entschädigt wird, während sein Kollege und Hausnachbar, der vielleicht denselben Unfall erleidet, keine Entschädigung erhält, nur weil er in einem anderen nichtversicherungspflichtigen Betriebe beschäftigt ist. Oder: der Wertmeister in einer Fabrik hat Anspruch auf eine Unfallrente, der kleine selbständige Handwerksmeister, der sich wirtschaftlich vielleicht schlechter stellt, aber nicht. Das ist ein Widerspruch, der scheinunglos aus der Welt geschafft werden muß.

Schließlich muß auch das große Gebiet der Werbetranzaktionen von der Unfallversicherung ersaßt werden. Der Arbeiter, dem in der chemischen Fabrik eine Maschine die Hand zerreißt, hat gesetzlichen Anspruch auf Unfallrente, der neben ihm arbeitende Kollege aber, der durch jahrelange Einwirkungen giftiger Dämpfe unheilbar erkrankt, meistens nicht. Manche Berufsgenossenschaften übernehmen in solchen Fällen freiwillig Leistungen, manche aber auch nicht. Auch hier ist Abhilfe zu schaffen.

Diese Forderungen haben mit Politik nichts zu tun; sie werden deshalb auch von Abgeordneten der verschiedensten Parteien vertreten. Hoffentlich gelingt es auch, die Parteien zu diesen Auffassungen zu bekehren.

### Zur Lage des Arbeitsmarktes im Januar und Februar.

Nach den vorliegenden Feststellungen hat sich die Lage der Wirtschaft weiter gebessert. Bei den Arbeitsnachweisen ist das Angebot von Arbeitsstellen gestiegen, besonders männliche Arbeitskräfte wurden härter verlangt. Die Zahl der unterjährig Erwerbslosen betrug am 1. Februar 593 024, am 1. März 540 708, das ist ein weniger von 52 316. Die Besserung machte sich am stärksten bemerkbar in Sachsen und Württemberg, am geringsten in Thüringen. In Württemberg ist die finanzielle Befastung durch die

### Georg Herwegh.

Vor 50 Jahren, am 7. April 1875, starb in Lichtental bei Baden-Baden der Dichter Georg Herwegh. Er war neben Freiligrath der bedeutendste Sänger der Freiheit — der Revolution. Am 31. Mai 1817 als Sohn eines Kochs in Suttgart geboren, zeigte er frühzeitig außerordentliche Begabung, weshalb man ihn Theologie studieren ließ. Infolge eines Streites mit einem Offizier ging er nach der Schweiz und schuf seine Gedichte eines Lebendigen, die gemaltiges Aussehen erreichten. Es war ein durchschlagender Erfolg, den der 24jährige Freiheitsdichter erlebte, als er im Herbst 1842 eine Reise durch Deutschland ausführte. Man muß sich in die Stille jener Zeit hineinbeugen, um die Begeisterung zu verstehen, die das Volk für den Dichter empfand, der die rechten Worte fand, seinem Denken und höchsten Ausdruck zu geben. Selbst der König von Preußen empfing Herwegh mit den historischen Worten: „Ich liebe eine gefinnungstüchtige Opposition“, um ihn kurze Zeit darauf aus Preußen ausweisen zu lassen. In Paris sammelte Herwegh eine Kämpfergarde von 800 Mann, an deren Spitze er im April 1848 in Baden einbrach. Er wurde bei Schopshaus geschlagen und floh nach Zürich. Mit dem Erwachen der Arbeiterbewegung wach Herwegh sofort mit seiner Feder in zahlreichen Arbeiterzeitungen Mitkämpfer.

Herweghs Gedichte sind von einer hinreißenden Sprache, von einer wahrhaft begeisterten Wirkung.

Im April 1864 dichtete Herwegh auf Wunsch Ferdinand Lassalles das Bundeslied für den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein:  
 „Bet' und arbeit' ruft die Welt,  
 Bet' kurz! Denn Zeit ist Geld.  
 An die Türe pocht die Not,  
 Bet' kurz! Denn Zeit ist Brot.“

Die letzten Verse lauten:  
 „Mann der Arbeit, aufgewacht!  
 Und erkenne deine Macht!  
 Alle Käder stehen still,  
 Wenn dein starker Arm es will.  
 Deiner Dränger Schar erblaßt,  
 Wenn du, milde deiner Wast,  
 in die Erde leuchst den Pfad,  
 Wenn du ruffst: Es ist genug!  
 Brecht das Doppelschod entzwei!  
 Brecht die Not der Sklaverei!  
 Brecht die Sklaverei der Not!  
 Brot ist Freiheit, Freiheit Brot!“

Oder:  
 O, wag' es doch nur einen Tag!  
 Freich auf, mein Volk, mit Trommelschlag  
 Im Jorneswetterstein!  
 O, wag' es doch nur einen Tag,  
 Nur einen frei zu sein,  
 Und ob der Sieg vor Sternentlicht  
 Dem Feinde schon gehört. —  
 Nur einen Tag! es rechnet nicht  
 Ein Herz, das sich empört.

Wach auf! Wach auf! Die Morgenluft  
 Schlägt mahnend an dein Ohr.  
 Aus deiner tausendjährigen Gruft,  
 Empor, mein Volk, empor!  
 Was kommen, was da kommen mag,  
 Biß' auf, ein Wetterstein!  
 Und wag's und wär's nur einen Tag,  
 Ein freies Volk zu sein!

Und jenes Gedicht an Freiligrath, als er in seinem Gedicht auf den Tod von Diego Leon jene Worte gebraucht hatte:  
 „Der Dichter steht auf einer höheren Warte,  
 Als auf den Zinnen der Partei.“

Partei! Partei! Wer sollte sie nicht nehmen,  
 Die noch die Mutter aller Siege war!  
 Wie mag ein Dichter solch ein Wort verkennen,  
 Ein Wort, das alles herrliche gebar?  
 Nur offen wie ein Mann: Für oder wider?  
 Nur die Parole: Sklave oder frei?  
 Selbst Götter stiegen vom Olymp hernieder,  
 Und kämpften auf der Zinne der Partei.

Herwegh wurde auf eigenen Wunsch in Lichtal bei Basel in der Schweiz bestattet, wo man ihm ein einfaches Denkmal gesetzt hat. Das beste Denkmal hat er sich selbst gesetzt im Herzen des deutschen Volkes.



Arbeitslosenunterstützung am geringsten, sie beträgt nur 1,1 pro Tausend. Am stärksten belastet ist Hamburg mit 14,5, Inhalt mit 13,3 pro Tausend, dann Thüringen mit 12,2, Hessen mit 11,8, Lippe 12, Bayern 9,5, Sachsen 9,4 usw. Diese Zahlen beziehen sich, wie schon bemerkt, nur auf die Bezahler von Unterstützungen, die bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen gemeldet sind. Wie groß die Zahl der nicht-unterstützten Arbeitslosen ist, läßt sich überhaupt unter den jetzigen Verhältnissen nicht feststellen. Die Lage in der Holzindustrie hat sich um ein geringes gebessert, ebenso in der Glasindustrie und keramischen Industrie. In den Schuhfabriken stieg die Zahl der Beschäftigten. Im Schuhwarenhandel wurden die Preise gedrückt durch Händler, die sich in Geldverlegenheiten befinden.

In der Lederwarenindustrie war die Beschäftigung in Württemberg verhältnismäßig gut. In Offenbach hielten sich Einstellungen und Entlassungen die Waage. Im März scheint jedoch die Besserung zu überwiegen.

Im Berufsfähigungsgewerbe, Buchdruckerlei usw. hat sich die Beschäftigung gebessert. Der Geschäftsgang in den Schriftgießereien war gut.

Die Lage in der Papierindustrie hat sich weiter gebessert, doch bestand noch Tapeten und Tapetenleisten nur geringe Nachfrage.

### Neue Erlasse und Verordnungen in der Sozialversicherung.

Der Reichsarbeitsminister läßt in Heft 13 des Reichsarbeitsblattes folgendes verkünden.

Der Reichstag hat folgendes Gesetz beschlossen, der Reichsrat hat demselben zugestimmt. Die Berechnung der Renten aus der Invalidenversicherung betreffend:

1. Der § 1285 der RVO. erhält folgende Fassung: Der Zuschuß beträgt jährlich 72 Reichsmark für jede Invaliden-, Witwen- und Waiwarente und 36 Mark für jede Waisenrente.

2. Der § 1289 der RVO. erhält folgende Fassung: Bei der Invalidenrente werden 10 v. H. der seit dem 1. Januar 1924 gültig entrichteten Beiträge als Steigerungsbetrag gewährt.

Ferner wird für jede ordnungsgemäß verwendete Beitragsmarke der bis zum 30. September 1921 gültigen Lohnklassen II bis V ein Steigerungsbetrag gewährt; er beträgt für jede Beitragsmarke in der Lohnklasse II 2 Reichspfennige, Lohnklasse III 4 Pfg., Lohnklasse IV 7 Pfg. und Lohnklasse V 10 Reichspfennige. Dieses Gesetz tritt am 1. April 1925 in Kraft.

Die Renten der Angestelltenversicherung werden ebenfalls in den Gehaltsklassen F um 1 Pfg., G 2 Pfg., H 3 Pfg. und I um 4 Reichspfennige erhöht. Letzteres bereits ab 1. Januar 1924.

### Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Betriebsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Die Ortsverwaltungen sind verpflichtet, Anfragen sofort zu beantworten.

#### Fahrzeugindustrie.

Düsseldorf. Die Belegschaft der Firma Schönsfeld steht im Lohnkampf. Die Ausperrung geht weiter.

Cassel. Die Ausperrung ist beendet. Delmenhorst. Die Ausperrung in den Rembrandt-Werken ist beendet.

#### Tapezierergewerbe.

Berlin. Allgemeiner Ausstand sämtlicher Tapezierer und Näherinnen dauert unvermindert fort. Cassel. Die Kollegen haben wegen Tarifstreits die Arbeit eingestellt.

Essen a. d. Ruhr. Lohnstreit mit Erfolg beendet. Mannheim. Lohn- und Tarifstreit mit Erfolg beendet.

#### Treibriemenindustrie.

Gummersbach-Bergneustadt. Bei Firma Brüning sind die Kollegen im Ausstand. Meidet streng die bestellten Orte.

### Rundschau.

**Abbau der Fahrpreisermäßigung für Jugendliche?** Es wurde in der Nachkriegszeit von den Jugendbewegung und Jugendpflege treibenden Organisationen als eine soziale Tat anerkannt, als durch eine entsprechende Fahrpreisermäßigung von Seiten der Reichseisenbahnverwaltung die Bestrebungen der Jugendverbände Unterstützung fanden. Waren es doch insbesondere die Lehrlinge, denen es nunmehr möglich wurde, sonntägliche Wanderungen zu unternehmen.

Dieser Tage entnehmen wir aus Nachrichten der Presse, daß die so lange gewährte Ermäßigung von 33% Proz. herabgesetzt werden soll. Als Zeitpunkt kommt der 1. April in Frage, was also in der Auswirkung einer Verteuerung der schon ausgearbeiteten und geplanten Osterfahrten gleichbedeutend ist.

Vor einer solchen Maßnahme hätte zunächst unserer Meinung nach die Reichs-Eisenbahngesellschaft die Vertretung der organisierten Jugendlichen, den

Das Arbeitsmittel ist ein Ding oder ein Komplex von Dingen, die der Arbeiter zwischen sich und den Arbeitsgegenstand schiebt und die ihm als Leiter seiner Tätigkeit auf diesen Gegenstand dienen. Er benutzt die mechanischen, physikalischen, chemischen Eigenschaften der Dinge, um sie als Machtmittel auf andere Dinge, seinem Zweck gemäß, wirken zu lassen. Der Gegenstand, dessen sich der Arbeiter unmittelbar bemächtigt — abgesehen von der Ergriffung fertiger Lebensmittel, der Früchte z. B., wobei seine eigenen Lebensorgane allein als Arbeitsmittel dienen — ist nicht der Arbeitsgegenstand, sondern das Arbeitsmittel. So wird das Natürliche selbst zum Organ seiner Tätigkeit, ein Organ, das er seinen eigenen Lebensorganen hinzufügt, seine natürliche Gestalt verändernd, trotz der Bibel... Nicht was gemacht wird, sondern wie, mit welchen Arbeitsmitteln gemacht wird, unterscheidet die ökonomischen Epochen.

von Marx.

Das große Geheimnis der Erziehung ist, es so einzurichten, daß die körperlichen und die geistigen Übungen sich gegenseitig zur Erholung dienen.

Rousseau.

Ausschuss der deutschen Jugendverbände, gutachtlich hören müssen. Das ist nicht geschehen. Wir müssen deshalb den Ausschuss auffordern, gegen diese Nichtachtung aufs bestimmteste Einspruch zu erheben. Wegen die Maßnahme an sich aber ist schärfster Protest am Platze. Es ist uns einfach unverständlich, wie man jetzt, nachdem das Jugendwandern durch die Jugendverbände, unterstützt durch die bisherige einschlägige Gewährung von Erleichterungen durch die Reichseisenbahn, einen allgemein anerkannten guten Aufschwung genommen hat, dieses Hinwundern der Jugendlichen zur Natur durch die Verteuerung der Fahrt erschweren kann. Wie wirkt sich diese geplante Maßnahme aus, wenn man absolute Zahlen sprechen läßt?

Die großstädtische Jugend muß in fast allen Gebieten Deutschlands erst eine Eisenbahnfahrt von mindestens 30 Kilometer, meistens noch mehr, zurücklegen, um in Wandergebiete, die Naturschönheiten bieten, zu kommen. Das bedeutet, daß bei den meisten Wanderungen, das Fahrgehalt vierter Klasse berechnet, schon für eine Tagesfahrt (hin und zurück) etwa zwei Mark Fahrgehalt in Frage kommen, wovon Jugendliche bisher nur eine Mark zu zahlen hatten. Vom 1. April ab werden sie aber 1,35 Mt. zahlen müssen, also 35 Proz. mehr als bisher. Da die Fahrpreise an sich gegenüber der Vorkriegszeit aber bereits um 50 Proz. erhöht sind, denn dieselbe Wanderung würde dem Jugendlichen damals nur 70 Pf.

Fahrtkosten verursacht haben, tritt ab 1. April eine Verteuerung des Jugendwanderns um 100 Proz. ein. Gegenüber dieser wesentlichen Verteuerung sind die Löhne der Lehrlinge und Jugendlichen einer gleichzeitigen Steigerung keineswegs nachgekommen. Vor dem Kriege betrug die Lehrlingsentlohnung in den vier Jahren der Lehrzeit drei, vier, fünf und sechs Mark pro Woche. In Berlin haben wir für die Innungsbetriebe der Schuhmacher, Herrenschneider und Metallbetriebe und einigen anderen Berufen dieselben Sätze heute noch in Geltung. Daher spielt die Fahrpreisermäßigung, besonders für die Lehrlinge in der Großstadt, eine wesentliche Rolle. Ein Abbau der Ermäßigung bedeutet daher zweifellos eine Einschränkung der Sonntags- und Ferienwanderungen.

Wir begrüßen es, daß das Jugendsekretariat des ADGB sofort energische Schritte eingeleitet hat und auch den Ausschuss deutscher Jugendverbände ersucht, hiergegen zu protestieren. Wir wollen hoffen, daß es der Wirksamkeit der gesamten Jugendbewegung gelingen wird, diese unerhörte und völlig verständnislose Maßnahme zur Aufhebung zu bringen.

Am 3. April tagten im Berliner Hause der Ingenieure die Vertreter der Automobilindustrie. Die Berichte wurden ohne Debatte richtigesprochen. Dann beschäftigte man sich mit der steuerlichen Belastung der Industrie und mit der Frage der Vorauszahlung für den Wegebau. Man anerkennt schließlich die Verpflichtung der Industrie an der Ausfuhrung der Mittel zum Wegebau mitzuwirken. Aber man will sich nur vorübergehend beteiligen, bis die Notlage des Reiches behoben ist. Die Vorauszahlung jedoch lasse sich nicht rechtfertigen. Die Industrie sei praktisch schon die Hauptträgerin aller Steuern und bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit belastet. Man erklärte sich bereit, eine angemessene einmalige Beihilfe beizustellen. Die Regierung wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß für die außerordentliche Benutzung der Wege durch Fahrzeuge eine einheitliche Wegebauabgabe für das ganze Reich erforderlich sei.

Gegen eine Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer müsse die Industrie jedoch entschieden Vernehmung einlegen, weil dadurch Arbeitslosungen und Produktions Einschränkungen zu befürchten wären.

Nach einem Referat über die steuerliche Belastung des Automobilverkehrs erklärte sich die Verammlung für vollständige Aufhebung der Luxussteuer, die ebenfalls eine nachteilige Wirkung auf die Entwicklung der Automobilindustrie ausübe. Das Automobil sei in seiner großen Mehrheit ganz unerschwert als Luxusartikel angesehen worden. Es sei im heutigen Verkehrsleben ein unentbehrliches Verkehrsmittel und Betriebsmittel zur Erhöhung der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Am Abend besprachen sich die Herrn noch mit Vertretern der Presse. Es handelt sich dabei um die Frage der Einfuhrfreiheit für Kraftfahrzeuge aus dem Auslande, die von den Händlertreibern befürwortet, von den Fabrikanten aber abgelehnt wird. Wenn katastrophale Folgeerscheinungen für das Allgemeinwohl verhindert werden sollen, sei die Frage Frist mit langsamem Abbau des Zollschutzes unbedingt erforderlich.

Demnach scheint man sich doch der Einsicht nicht zu verschließen, daß eine Herabsetzung des Einfuhrzolltes nicht auszuhalten ist.

### Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 13. bis 19. April ist der sechzehnte Beitrag fällig. Pünktliche Beitragszahlung ist Ehrensache für jedes Mitglied.

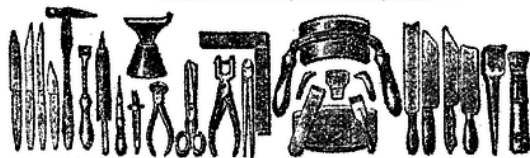
Berlin. Am 1. April konnte unser Mitglied, Sattler Otto Hermann, auf eine fünfundschwanzigjährige Mitgliedschaft im Verband zurückblicken.

### Veranstaltungskalender.

Köln. Mittwoch, den 22. April, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Saal 2, Versammlung für alle Branchen.

## Meister

für Sattel- und Geschirrfabrikation zum sofortigen Antritt ins benachbarte Ausland gesucht. Ausführliche Angebote unter C. R. 692 an die Exped. dieser Zeitung.



G. Brucklacher, Werkzeugfabrik, Berlin S., Oranienstraße 43.

## Junger Sattler,

möglichst eingearbeitet auf Mäntel, Autosattel und Reifensattel per Post gesucht.

Johannes Schneider, Erfurt, Schloßstraße.